Kiel, 12. November 2018

Nr. 344 /2018

Dr. Ralf Stegner und Serpil Midyatli

100 Jahre Frauenwahlrecht: Ein Sieg sozialdemokratischer Politik

Zu 100 Jahren Frauenwahlrecht in Deutschland erklären der Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner und die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli:

Am 12. November 1918 wurde durch den Aufruf des Rats der Volksbeauftragten an das deutsche Volk das Wahlrecht für Frauen eingeführt.

Dieser große Sieg für die Gleichstellung von Frauen und Männern war im wesentlichen ein Sieg sozialdemokratischer Politik: August Bebel hatte bereits 1875 auf dem Gothaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei beantragt, der Forderung nach dem gleichen Wahlrecht für alle Staatsbürger die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen hinzuzufügen.

1891 nahm die SPD die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Erfurter Programm auf. 1895 stellte die SPD dann im Deutschen Reichstag den Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts. Auch wenn der Antrag abgelehnt wurde, war die SPD die einzige Partei im Kaiserreich, die bereit war, sich für die Emanzipation der Frauen im Parlament einzusetzen.

1918, nach Ende des Ersten Weltkriegs und nach Ausrufung der Republik, gelang der Durchbruch: Der Rat der Volksbeauftragten als Übergangsregierung des Deutschen Reiches erkannte den Frauen das Wahlrecht zu. 1919 wurde es in der Weimarer Verfassung verankert. Damit war eine der Hauptforderungen nach etwa 70 Jahren Kampf erfüllt.

Aber auch heute, im Jahr 2018, geht es nach wie vor darum, klar zu machen, dass Frauen in allen Bereichen des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft gleichberechtigt und ihrem

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Anteil in der Bevölkerung entsprechend vertreten sein müssen. Auch im Jahr 2018 verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich mehr als 20 Prozent weniger als Männer, sind als Alleinerziehende von Armut bedroht, arbeiten wesentlich häufiger als Männer in prekären Arbeitsverhältnissen und sind auch deshalb eher von Altersarmut bedroht. Das wollen und werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmen und haben das in der Geschichte oftmals bewiesen.